

# Arbeiter Stimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturfampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftler

Bezugspreis: im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Anlieferungsgeld) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Mühlbühlstraße 2 / Fernsprecher: 17359 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18694  
Erscheinung: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeines Belegrecht, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebe und arbeitserziehliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Belegrechte

Anzeigenpreis: der normal gebotene Non-arrêté oder deren Raum 0,50 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile angeschlossen an den dreifacheilen Teil einer Zeile 1,50 RM  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Mühlbühlstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Zielendung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 11. Dezember 1929

Nummer 287

## Schwerer Betrugskandal mit Staatsgeldern

Wiederum die Sachliche Wirtschaftshilfe beteiligt / KPD fordert Winterbeihilfe für Erwerbslose — dafür gibt es kein Geld! Kriminalpolizei in einer Schülerversammlung / Kommunischer Mißtrauensantrag gegen Hilferding und Reichskabinet

Vorsitzender der bürgerlichen Schwimmer

### 1/2 Million für Sportvereine, die nicht existieren!

Dresden, den 11. Dezember 1929.

Wie bekannt wird, sind dem Vorsitzenden des 7. Kreises im Deutschen Schwimmerverband für nicht bestehende Vereine ca. 1/2 Million Mark „Kredite“ aus den Mitteln der sächsischen Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt worden. Der Empfänger des Geldes, Fabrikbesitzer Dr. Brunner, ist als Landesvorstandmitglied der nationalsozialistischen „Deutschen Schwimmer“ im sächsischen Kreis von Haus aus „kreditfähig“, das ihm unbestimmt große Summen zur Verfügung gestellt wurden. Dr. Brunner, der Vorsitzende des 7. Kreises im Deutschen Schwimmerverband, ist bereits verhaftet.

Dieser ungeheuerliche Skandal beweist, daß Mittel aus Staatsgeldern für die korruptesten Zwecke verwendet werden, wenn sie nur über die nötigen Verbindungen zu den Regierungsstellen verfügen. Schon der Seidemannskandal hat 2 Millionen und 200 000 Mark öffentliche Gelder verschlungen. Alle Bemerkungen, daß noch etwas aus dem Bankrott gerettet werden könne, sind ohne Begründungen, die lediglich zur Verhütung der empörten Wertminderer dienen sollen. Der Abgeordnete Renner beantragte gestern im Landtag, daß um Klarheit in der Öffentlichkeit zu schaffen, zur Untersuchung der Seidemannaffäre ein besonderes

Kapitalistisches Gesellschaft offenbar sich in einem riesigen Korruptionssumpf. Wie in Berlin beim Sklarek-Skandal, so werden in Sachsen bei den Skandalen um Michael, schon vor Jahren, wozu neuerdings die Seidemannaffäre und jetzt wieder die Kredite an nicht vorhandene bürgerliche Sportvereine öffentliche Gelder verschlungen. Diese korrupte Gesellschaft „verbessern“ zu wollen, in dem verfaulenden kapitalistischen System noch „Erzungenhalten“ für die Arbeiter leisten zu wollen, mühen sich die „linken“ Schwärmer um Eitel vergeblich. Kein Arbeiter, kein kleiner Bauer, kein einziger Werktätiger wird den Sozialdemokraten glauben, daß es hier noch etwas zu „verbessern“ aber zu verteidigen gibt. Sondern will durch sein Republikanisches die Ultima ratio (letztes Mittel) den mörderischen Kapitalismus vor den empörten Arbeitermassen sichern. Alles ist vergeblich! Der Staatsapparat, die Justiz und Sozialpolitik werden trotz ihres härtesten Terrors dem wachsenden Sturm der Massen nicht standhalten können.

### Neuer Korruptionskandal in Berlin

Berlin. Ebenso wie der Berliner Sklarek-Skandal, hat sich der neue Skandal mit der Berliner Brunnengemeinschaft schwerwiegend herausgestellt, als man vor den Kommunalwahlen annahm. Der Stadtoberingenieur Wilhelm Moeller wurde erneut verhaftet. Moeller hat als Angestellter des Bezirksamtes stetig betrügerische Umschreibungen mit der Direktion der Berliner Brunnen-Gesellschaft getroffen und den Bezirk stetig um etwa 47 000 Mark geschädigt. Der Betrag ist zur Einzahlung geworden durch die unehrlichen Wuchergeldhalter der Brunnengemeinschaft, die bekanntlich unter Leitung des Sozialisten Kellie steht.

### Mißtrauensantrag der KPD gegen Hilferding und das Reichskabinet

Berlin, 11. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beschlossen, zu der bevorstehenden Aussprache über die Finanz- und Steuerpolitik der Reichsregierung mit einem besonderen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Hilferding einen allgemeinen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinet einzubringen. Im Laufe des gestrigen Tages fand der übliche Ratgeber zwischen der Wirtschaftshilfe-Regierung und den Regierungsparteien über das weihnachtliche Vertrauensverhältnis statt. Verschiedene Parteien der Koalition erheben nach wie vor Einwände gegen die Regierungs-erklärung. Ebenso bestehen Widersprüche gegen die Erklärung, die Parteien auf die Finanzreform schon heute festzulegen.

Unterstützungsausschuss des Landtages eingesetzt werde. Die Untersuchung, so unangenehm es den Regierungsparteien war, mußte natürlich stattgegeben werden. Der neue Finanzskandal der sächsischen Wirtschaftshilfe erfordert dringend die öffentliche Behandlung der ganzen Kreditoperationen dieser unehrlichen sächsischen „Wirtschaftshilfe“. Die kommunistische Landtagsfraktion muß dafür Sorge tragen, daß die Untersuchung des Landtagsausschusses nicht nur auf den Fall Seidemann beschränkt, sondern daß die gesamte Tätigkeit dieser famosen Wirtschaftshilfe einer eingehenden Prüfung unterzogen wird. Während in Sachen ein geradezu undurchsichtiges Nebeneinander herrscht, während selbst die behandelten Forderungen für die Erwerbslosen und sonstigen Notleidenden mit dem lapidaren Satz: „Es ist kein Geld vorhanden“, abgelehnt werden, ist es möglich, daß Betrüger und Bankrotteure Millionen ohne Sicherheit aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Innerhalb der Koalitionregierung ist die Verhängung über Hilferdings Reformprogramm zustande gekommen. Nach wie mit den Parteien über Einzelheiten verhandelt, noch läuft die KPD den Schein einer „Kritik“ im Programm ihres eigenen Finanzministers zu wahren. Über schon am Abend des 10. Dezember schreibt der „Vorwärts“:

„Nach einer Erhöhung der Steuern auf Alkohol oder Tabak läßt sich schwer absehen, zumal diese Steuern in anderen großen Ländern viel höher sind als bei uns.“

## Aufmarsch der Fronten

Hilferdings Steuerreformprogramm ist ein wichtiger, nicht allen Parteien mit Recht als grundlegend angesehenes Teil eines innerdeutschen Reparationsprogramms, das von der Bourgeoisie als Voraussetzung für die Durchführung des Youngplans bezeichnet wurde. Auf allen Gebieten verfehrt die Bourgeoisie ihre Offensive gegen die Arbeiterklasse: sie lenkt die Woge, erobert die Massenstreuer, sie baut die Unterhaltungen ab, sie erobert die Massen, sie sichert durch Kisten der Dunkelzinssteuer. Mit allen Mitteln sollen aus den wehrlosen Massen die Mittel herausgeholt werden, die notwendig sind, um die Kapitalbildung zu fördern, die Produktion weiter zu rationalisieren, die Wirtschaft zu retten, die Lebenslagen zu lassen, noch mehr Profit aus den Arbeitermassen herauszubringen, noch mehr Kapital anzuhäufen, noch mehr zu rationalisieren und dabei Arbeiter als wehrlose Lohnräuber auf die Straße zu werfen, noch mehr Kapital anzuhäufen und so immer weiter fort. Und in der Ferne winkt die Wiedereroberung des im Weltkrieg verlorenen „Platzes an der Sonne“, die Schaffung neuer politischer und militärischer Machtpositionen auf Grund der Teilnahme des industriemächtigen Deutschlands an einem — wie die Diktatoren träumen — erfolgreichen Kartellvertrage.

Die Entwicklung der Weltwirtschaftslage in den letzten Monaten treibt die deutsche Bourgeoisie zwangsbedingt zur Verhärtung ihrer rauerischen Offensive gegen die arbeitenden Massen. Der Konjunkturmangel in Amerika hat die Frage einer gewaltigen Exportstützung auf die Tagesordnung gestellt. Mit allen Mitteln muß das amerikanische Finanzkapital versuchen, die Einschränkung des Innenmarktes durch die Depression durch verstärkte Warenexporte auszugleichen. Mit Recht weist Virekter im „Berliner Tageblatt“ vom 8. Dezember darauf hin, daß Amerika zu einer gewaltigen Ausdehnung seines Exportes auf Kosten der anderen kapitalistischen Länder es ja gar nicht notwendig habe, die Preise herunterzusetzen — eine verhärtete Kreditgewährung an die Kunden Amerikas würde vollständig genügen, um der Konkurrenz den Boden abzugraden. Die drohende Überflutung der bisherigen Absatzmärkte der europäischen Imperialisten mit amerikanischen Waren zwingt zu Gegenmaßnahmen — und diese Maßnahmen können nach Lage der Dinge nur zweierlei Art sein: Zulassenschlüssel lässlicher Konkurrenz Amerikas zu einer gemeinsamen Gegenoffensive, zur Verbilligung ihrer Waren auf dem Wege gesteigerter Ausbeutung der Arbeitermassen — oder, wenn die Wettbewerbsverhältnisse einen Konkurrenzkampf nicht zulassen, Unterordnung unter die amerikanische Führung. Virekter schreibt im „Berliner Tageblatt“ am Schluß seines Artikels:

„Die Konkurrenz? Sieh nicht hineinreiben lassen in einen ungleichen Kampf Panuropa-USA, für den gewisse Industrielle Verbände nur zu gern eintreten. Ein verlorenener Welt-

## Die Schulreaktion stößt weiter vor

Kriminalpolizei dringt in eine Heidenauer Arbeiterkinder-Versammlung ein

Dresden, 11. Dezember.

Die Fesseln der christlichen Eitelenerei in Verbindung mit bürgerlicher Presse gegen die proletarische Klassenagitation der Schulen hat bereits zu einem ganz unerhörten Verfall geführt. Gestern wurde eine vom Jungparitätensbund einberufene Versammlung von Arbeiterkinder und -Mädern in Heidenau durch Kriminalpolizei zu sprengen versucht. In dieser Versammlung sollte der Arbeiterjugendführer über die Klassenverhältnisse berichten. Das große Interesse für diese Versammlung ist zu sehen, da neben den Kindern auch zahlreiche Eltern erschienen waren. Mäßig drangen Kriminalbeamte in die Versammlungseraum und verlangten die Festhaltung sämtlicher amnestierten Kinder. Dies wurde ihnen jedoch durch die einstimmige Haltung der Eltern unmöglich gemacht. Daraufhin versuchte einer der Kriminalbeamten Verhaftung herbeizuführen, um ebenfalls die Versammlung auseinanderzuschlagen. Als er jedoch wieder unrichtiger Sache zurückwich und dies auch noch bekanntlich, daß er keine Unterstützung erhalten konnte, hatte er bereits wieder verstanden.

durch die Vorgänge offen zutage tretende Reaktionssturz des kapitalistischen Deutschlands eingeleitet.

In der Gesamtheit der Eltern und der Schüler ist dieser erste große Schritt gescheitert. Der Verfall zeigt jedoch, wie offen und brutal die Schulreaktion ihre Bestrebungen fortzusetzen beginnt. Die proletarischen Eltern Heidenaus müssen zu den Vorgängen selbst unter Führung der Arbeiterpartei in der Stadtverwaltung sofort Stellung nehmen, um eine Wiederholung des schmachvollen Vorganges ein für allemal zu unterbinden. Darüber hinaus wird die kommunistische Landtagsfraktion in Ergänzung ihres

besten getraut einzureichen Antrag gegen die reaktionären Maßnahmen des Dresdner Schulbehörden, den wir morgen veröffentlichen werden, die sofortige Unterbindung verlangen müssen, damit den Notwendigkeiten des Vorkampfbüroagentens entschieden entgegenzusetzen werden kann. Wir rufen unsere Kampforganisation an alle proletarischen Eltern. Im Kampf um die geistige Freiheit ihrer Kinder nicht durch die reaktionären Schicksalstafel der sächsischen Schulreaktion verwirren zu lassen, sondern mit allen Kräften den Vorstoß der Kulturhinterlinge und mit allen Mitteln abzuwehren. Dies kann am besten durch die offene Solidarisierung und Unterstützung des Jungparitätensbundes und des kommunistischen Jugendverbandes geschehen. Solche Organisationen werden in Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei ihre Kampfkampagne an den Schulen unermüdet fortführen und so der Reaktion hemmen, daß proletarischer Kampf und Opfermut auch in den Junglingen der Arbeiterklasse lebendig ist und über plötzliche und reaktionäre Kulturhinterlinge triumphieren wird.

Diese ganze Aktion wurde beantragt von dem in Heidenau als Schlichter tätigen berüchtigten Vorhänger des „Neuen Sächsischen Betriebswesens“, Leopold Schuler, der kommt die reaktionären Prodigen des Dresdner Schulamtes nicht nur in die Tat umgesetzt, sondern noch verschärft, da außer der Überzeugung auch noch die Sprengung der Versammlung gefordert wurde. Der Versuch mißglückte jedoch, da die Eltern zunächst beiseite, sofort in einer in der Nähe des sächsischen Jugendheimes gelegenen Wirtschaft eine Elternversammlung abhalten. In dieser Versammlung wurde die Berichtigung der Polizei und in einer sehr lebhaften Diskussion das Schulproblem des ersten Arbeiters- und Bauernhauses und der